

Neues aus dem Neckartal und aus der Region

DIE LINKE.

Ortsverband Rottenburg

In Farbe auf
die-linke-rottenburg.de



September 2022

Windenergie zum Nutzen der Einwohner Rottenburgs

Stadtwerke stärken

Rottenburg will erneuerbare Energien lokal vorantreiben und deshalb acht Windräder bauen lassen, vorrangig im Wirtschaftswald zwischen Hailfingen, Wendelsheim, Seeborn und Oberndorf.

Der Bau von Windrädern ist zwangsläufig mit vielen Abwägungen verbunden: Kosten gegen Nutzen, Klima- und Waldschutz und generell Pro- und Contra-Argumente zur Windkraft. Wie kann man da überhaupt eine Entscheidung fällen?

Zunächst einmal gibt es Vieles, was für Windkraft spricht, z.B. Regionalität, CO₂-Ersparnis, geringer Flächenverbrauch, unabhängige Stromversorgung und Windkraft als Chance, aktiv Klimaschutz zu betreiben, um fossile Energieträger zu ersetzen.

Doch es gibt auch viel Kritik am geplanten Bau der Windkraftanlagen (WKA): Da diese 245,5 m hoch sind und für sechs Windkraftanlagen (WKA) je knapp ein Hektar Wald gerodet werden muss, haben viele Anwohner*innen berechtigte Sorgen um ein verändertes Landschaftsbild, eine Beeinträchtigung des Naherholungsgebiets, den Verlust von Waldfläche und

einen Schaden für dort lebende Arten. Hinzu kommen noch gesundheitliche



Foto: N. Kern

Bedenken v.a. wegen des Infraschalls.

Momentan geht es im Prozess „Windräder – Ja oder Nein?“ um eine Verpachtungsentscheidung, also da-

rum, ob Flächen für Windkraft zur Verfügung gestellt werden. Das bedeutet gleichzeitig aber auch, dass erst nach dieser Entscheidung ein Genehmigungsverfahren eingeleitet werden kann. Genau das darf nicht vernachlässigt werden, denn die geplanten Standorte werden dabei ausgiebig geprüft.

Voraussetzungen für eine Genehmigung sind, dass ein bestimmter Lärmpegel für die anliegenden Dörfer nicht überschritten werden darf und ein bestimmter Abstand zur Wohnbebauung eingehalten werden muss: Mit Distanzen von 1,1 bis 1,8km liegen die geplanten Windräder vergleichsweise weit entfernt. Zudem wird eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) durchgeführt. Nur wenn dies positiv geprüft ist, dürfen Anlagen tatsächlich errichtet werden.

Warum sollten wir aber über Windkraft nachdenken?

Der Klimawandel ist eine reale Gefahr für uns alle, sodass es unser gemeinsames Ziel sein sollte, Maßnahmen für Klimaschutz zu ergreifen. Indem wir Windkraft fördern, leisten wir einen Beitrag, dass die globale Temperatur

>>>

Und weiter:

OB Neher und Ergenzingen Seite 5

Gemeinderatssondersitzung: Energieeinsparung Seite 7

Schlachthof: Bürgerentscheid in Sicht Seite 8

Löst Atomstrom die Energiekrise? Seite 10

Rottenburgs Kinderbetreuung mit großen Lücken Seite 11



Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

nicht mehr als um 1,5 Grad steigt. Außerdem erlangen wir eine klimaneutrale Stromversorgung. Bedenken zum Bau der WKA müssen mit in eine Abwägung einfließen, aber es wäre für die Entscheidung besser, wenn ein guter Kompromiss stattfände. Zumal Windräder vergleichsweise wenig Waldrodung, schnelle CO₂-Amortisation und viel Energiegewinn bedeuten. Als Gesellschaft haben wir eine gemeinsame Verantwortung, nachhaltig zu leben, d.h. eine lebenswerte Zukunft auch für kommende Generationen zu gewährleisten. Windkraft darf nicht der einzige Schritt in Richtung auf dieses Ziel sein, aber sie bietet uns die Möglichkeit, Klimaschutz voranzutreiben.

Entscheidend: Der Pachtvertrag

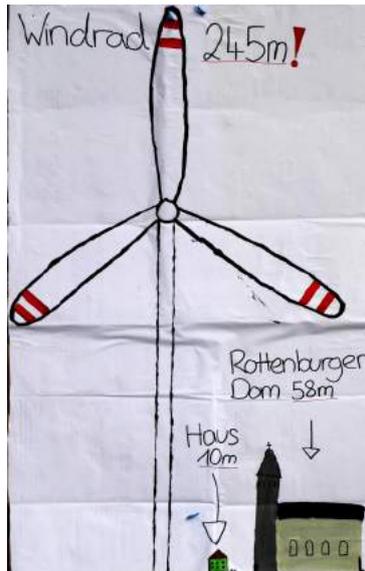
Der geplante Windpark wird die aktuelle Energiekrise nicht lösen, weil seine Verwirklichung viel zu lange dauern wird. Die Windräder schaffen auch keine „Energie-Autarkie“, wie OB Neher und andere fälschlich behaupten. Der Strom, der durch sie erzeugt wird, fließt in das allgemeine Stromnetz ein, aus dem sich auch viele Rottenburger Privathaushalte und Betriebe von 188 Anbietern außerhalb Rottenburgs bedienen.

Trotzdem bringt der Windpark viele Vorteile, wenn der Pachtvertrag mit der Betreibergesellschaft richtig ausgehandelt wird. Er trägt dazu bei, die Abhängigkeit von klimaschädlichen Energiequellen mit ihrem CO₂-Ausstoß (Erdgas, Erdöl, Kohle) zu vermindern, egal aus welchen Ländern diese geliefert werden. Wir brauchen kein Weiterlaufen von Atomkraftwerken und kein Fracking mit ihren hohen Umweltschäden. Von allen erneuerbaren Energiequellen verbrauchen Windräder die geringste Bodenfläche mit Versiegelung.

Rottenburgs Stadtwerke (SWR) stärken

Die geplante Betreibergesellschaft ist eine große Chance, die Stadtwerke Rottenburgs (SWR) auf längere Sicht

als wichtigen Baustein der kommunalen Daseinsvorsorge zu stärken, wenn diese 50 Prozent der Anteile hält und Althus als Anteilseigner und als Projektfirma langfristig an das Projekt gebunden wird, also kein Interesse am Verkauf an einen Großinvestor hat. So kann für Privathaushalte und Betriebe eine relative Sicherheit in der lokalen Energieversorgung hergestellt werden. Das ist für die Bürgerschaft, für Beschäftigte und Betriebe interessant. Die Pachteinnahmen der Stadt werden sich in Grenzen halten und Gewerbeeinnahmen erst später fließen.



Allerdings dürfen für die Akzeptanz des Projekts nicht nur Bürger mit dickem Geldbeutel angesprochen werden. Es muss für alle neben dem Klimaschutz auch ein finanzieller Nutzen erkennbar sein, zum Beispiel durch ein Grundkontingent für jeden Haushalt zu einem erschwinglichen Preis. Das stärkt das Vertrauen in die Stadtwerke und die Identifikation mit ihnen.

Nutzen oder Nachteile sollten nach einer Zeit von fünf Jahren transparent überprüft werden und bis dahin die Zahl der Windräder beschränkt werden und solange keine weiteren Windrad-Anlagen in Rottenburg geben. In den Schaltanlagen darf das extrem umweltschädliche Treibhausgas SF₆ nicht

verwendet werden. Dies ist technisch machbar und wird schon längst in Windrädern auf offener See praktiziert, die Verwendung von SF₆ soll jetzt von der EU verboten werden (ARD, Plus-Minus, 17.8.22). Selbstverständlich muss der Betreiber auch die Kosten für den Abbau der Anlagen übernehmen und dafür Rücklagen bilden.

Ungeklärte Themen

Die laufenden Untersuchungen über den Standort bedeuten, dass Fragen zur „Windausbeute“ (Windhöflichkeit), zum Naturschutz und zum Gesundheitsrisiko noch nicht geklärt sind. Damit die Bürgerschaft Eingriffe in das Landschaftsbild und in die Natur (eventuelle Schäden für Vogel- und Tierschutz durch Schall) mitträgt, müssen die Ergebnisse vor einer endgültigen Genehmigung der Öffentlichkeit transparent gemacht werden. Zudem muss die Verwaltung weitere Pläne zum Ausbau von erneuerbaren Energien entwickeln, z.B. durch konsequente Fotovoltaik auf öffentlichen Gebäuden. Und sie muss im Landkreis initiativ werden, um den CO₂-Ausstoß zu senken: Der Zementhersteller Holcim (Dotternhausen) ist neben Heidelberg Zement einer der 30 größten CO₂-Verschmutzer Deutschlands.

In Rottenburg sollte beim Neubau privater und öffentlicher Gebäude immer häufiger Holz als Ersatz für Zement eingesetzt werden und die Versiegelung der Böden durch Straßenbau verhindert werden. Diese großen Aufgaben dürfen durch den sinnvollen Bau von Windrädern nicht beiseite geschoben werden.

Alina Lipp, Hirrlingen

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

Weitere Informationen und eine Übersicht zum Thema finden Sie im Schaukasten der Mobilen Jugend (Marktplatz 10, Rottenburg am Neckar, direkt neben dem Dom)

Terminänderung!!!

Hocketse beim Steinbruch Frommenhausen

(statt Samstag, 24. September)

Samstag, 8. Oktober 2022

NEU!!!

Stuttgart 21 – Hollywood im Staatsministerium

Drehbuch für Lügenmärchen von Mappus entdeckt

Erst jetzt eingesehene Dokumente zur S21-Schlichtung und zum ersten Untersuchungsausschuss zum „Schwarzen Donnerstag“ belegen, wie manipulativ die Regierung Mappus Ende 2010 vorgegangen war. So soll unter anderem versucht worden sein, Einfluss auf das Ergebnis der Schlichtung zu nehmen.

Mit hochmanipulativen, teils rechtswidrigen Praktiken und massiver Desinformation im Zusammenhang mit der „Geißler-Schlichtung“ und dem ersten Untersuchungsausschuss 2010 zum Schwarzen Donnerstag hat die damalige Mappus-Regierung den Grundstein für die politische Durchsetzung von Stuttgart 21 gelegt. Das belegen Akten, die der Vorsitzende Richter am Landgericht a.D. und Sprecher des Aktionsbündnisses gegen Stuttgart 21, **Dieter Reicherter**, nach fast zehnjährigem Rechtsstreit einsehen konnte. Den größeren Teil der Akten bezeichnet Reicherter als „**Drehbücher à la Hollywood**“, betreffend den ersten Untersuchungsausschuss zum Polizeieinsatz am 30.09.2010 im Stuttgarter Schlossgarten (Schwarzer Donnerstag), ein weiterer Teil befasst sich mit der Schlichtung.

Dieter Reicherter verzeiht nicht. Ihm ist zu verdanken, dass jetzt schwarz auf weiß festgehalten ist, was nicht wirklich überraschend ist, aber in seiner niedergeschriebenen Unverfrorenheit doch Schluckbeschwerden macht. Mit jedem offengelegten Dokument wird der Zorn größer, denn hier ist einfach alles drin:

Die Verachtung des Wahlvolks, des Parlaments, der demokratischen Öffentlichkeit, das ausschließliche Interesse am Machterhalt und die bodenlose Ignoranz.

Das sogenannte Schlichtungsverfahren wurde der Öffentlichkeit als objektiver Faktencheck verkauft. Es ging jedoch nicht um Wahrheitsfindung. Eine vertrauliche Notiz des Staatsministeriums sollte die „Lebensversicherung“ der Landesregierung sicherstellen:

„Wir wollen und brauchen den Erfolg der Schlichtung“. Deswegen sollte ein Schlichterspruch Geißlers vorab vertraulich abgestimmt werden. Besonders perfide war dabei der Plan, die Beseiti-

gung von intern längst bekannten Mängeln des Projekts nach der Schlichtung als Kompromisse darzustellen und den Projektgegnern die nicht finanzierten Kostensteigerungen anzulasten“, so Reicherter.

Die genannten „Drehbücher“ zum „Schwarzen Donnerstag“ wurden vom Staatsministerium verfasst, um eine mögliche Einmischung von Mappus in den Polizeieinsatz zu vertuschen. Darin hatten Spitzenbeamte des Staatsministeriums bis ins Kleinste vorgeschrieben, was Mappus aussagen sollte, da-



mit es zu den Aussagen anderer Zeugen passte. Auch was Polizeipräsident Stumpf als Zeuge vor dem Untersuchungsausschuss zweckmäßigerweise aussagen sollte, wurde präzise niedergelegt – und Stumpf hielt sich daran.

An zwei Punkten der Aussagen von Mappus ergab sich jedoch der Verdacht einer Falschaussage: Zum einen verschwieg Mappus entgegen seinen Behauptungen sehr wohl an der Planung des polizeilichen Vorgehens maßgeblich beteiligt zu sein. Zum anderen behauptete er, die Protokolle des damaligen Polizeipräsidenten Stumpf nicht zu haben, obwohl er im „Drehbuch“ über genau diese Aussagen eingehend informiert worden war.

Ein weiterer Vermerk betrifft Polizeipräsident Stumpf, was er als Zeuge vor dem Untersuchungsausschuss aussagen sollte. Taktische Absprachen jedoch sollten sicherstellen, was bei der Schlichtung rauskommen sollte und dann auch rausgekommen ist. So durften die S21-Befürworter vor der Volksabstimmung 2011 wider besseres Wissen behaupten, „*dass S21 den Stress-test bestanden hat und damit als leistungsfähiger Bahnknoten bestätigt worden ist*“. Außerdem sei das Milliardenprojekt „im Kostenrahmen“.

Die Inszenierung Geißlers als Friedensrichter und die jetzt bekannt gewordenen manipulativen Einflussnahmen auf seinen „Schlichterspruch“ sind charak-

teristisch für Stuttgart 21. „*Ohne Lügen und Täuschungen kann ein derart widersprüchliches Projekt eben nicht durchgesetzt werden. Aber Lügen haben halt doch kurze Beine*“, so Reicherter. Durch das zähe Ringen gegen das Land BW konnte erst jetzt das Staatsministerium gezwungen werden, Dokumente offen zu legen, die die Vorgängerregierung und somit den jetzigen Koalitionspartner schwer belasten.

Wären die Akten schon frühzeitig öffentlich gemacht worden, hätte dies also nicht nur Ermittlungen gegen Mappus nach sich ziehen können, sondern unter Umständen auch den weiteren Fortgang des Projekts S21 beeinflussen können, bis hin zu seinem möglichen Aus. Doch die seit 2011 grün geführten Regierungen hätten für Aufklärung bei den massiven Täuschungen und Tricksereien sorgen können. Stattdessen führte ihre Blockade zur strafrechtlichen Verjährung.

Dabei war es doch gerade Winfried Kretschmann, der noch 2010 auf einer Montagsdemo betont hatte:

„Man kann mit Baggern Gebäude einreißen und mit Kettensägen Bäume wegräumen, aber nicht den demokratischen Protest.“

Doch dann wollte er 2011 als neuer grüner Regierungschef in Baden-Württemberg nicht das letzte Hemd hergeben, um Stuttgart 21 zu verhindern. Hätte er aber auch gar nicht müssen, wie jetzt nach langem Rechtsstreit freigegebene Akten aus CDU-Zeiten zeigen: Zuerst tricksten die Projektfans im Staatsministerium seines Vorgängers Stefan Mappus mit allen Mitteln, dann kamen die Grünen und deckten zu viele der Machenschaften.

Unsere Aufgabe ist es, zur Aufklärung solcher Machenschaften beizutragen, weshalb wir auch in Zukunft

O BEN BLEIBEN!

Gastbeitrag von **Jürgen Hückstädt**
Rottenburg

Illegale Flußstaudämme - Ein unterschätztes Problem

Der Sommer geht zu Ende und damit auch ein saisonales, leider weiterhin unterschätztes Problem.

Wie so oft gehe ich an einem heißen Sommertag mit meinem Hund im Starzeltal spazieren. Am Fluss angekommen, beschließe ich, dass wir den kleinen Abhang ins kühle Nass herunterlaufen. Diese Erfrischung wird uns beiden guttun. Ein paar Schritte, ich bin unten angekommen und stöhne auf.

Ein massives Steinkonstrukt, sicher mithilfe von Erwachsenen errichtet, hindert den natürlichen Wasserfluss. Der Gassigang wird sich verzögern, das ist jetzt klar: Ich gehe direkt ins Wasser und fange an die teils sehr schweren Brocken wegzutragen. Sofort kommt mir Treibgut entgegen, Blätter, Äste und leider oft auch Müll.

Bis ich den Niveauunterschied zumindest größtenteils aufgehoben und wenigstens an einigen Stellen den Fischen das Durchqueren dieser Starzel-Passage ermöglicht habe, ist mal wieder eine halbe Stunde vergangen und der Hund wird unruhig. Ich bin nicht die Stärkste, einige große Steine blei-

ben liegen und so muss ich unzufrieden abziehen. Staudämme.

Spaziergänge wie oben beschrieben, sind leider nicht fiktiv, sondern im Sommer häufig meine Realität. Die wöchentlichen Staudammräumaktionen meiner Familie gehören fast schon zum festen Repertoire unserer Gassirouten, denn mitunter kann man Staudämme nicht alleine auflösen. Doch warum mache ich das überhaupt?

Diese offiziell genannten „Querbauten“ sind illegal (§ 8 und § 9 Wasserhaltungsgesetz (WHG) sowie § 28 Wassergesetz (WG), Baden-Württemberg. Sie werden oft gedankenlos gebaut, richten dabei aber enormen Schaden für das Ökosystem des Flusses an: Fische können nicht mehr passieren, der Flusslauf ist gestört und so fehlt hinter dem Staudamm Wasser für zahlreiche Lebewesen. Gerade bei Wasserknappheit in heißen Sommern sind die Pegelstände dann oft so niedrig, dass die Starzel stellenweise kaum noch Wasser führt. Durch fehlende Fließgeschwindigkeit, wird der Fluss vor dem Staudamm nahezu zum stehenden Gewässer, was die Ansiedlung von Algen begünstigt. Hin-

zu kommt noch, dass natürliches Treibgut nicht mehr abgeschwemmt werden kann und die Stauwirkung noch zusätzlich verstärkt. Das natürliche Ökosystem wird völlig durcheinandergebracht und die Zeche dafür zahlen nicht die Erbauer*innen, die sich oft nach dem Bau gar nicht mehr für die Staudämme interessieren, sondern die Natur und unzählige Wasserlebewesen, die in einem Fließgewässer und nicht einem stehenden Gewässer leben.

Staudämme werden unterschätzt und das ist leider fatal. Allein in einem Monat haben meine Familie und ich fünf Bauten zerstört, nichtsdestotrotz machen wir weiter. Das kostet Kraft, nicht nur uns, sondern auch dem Fluss, der danach wieder regenerieren muss.

Vielleicht hört es sich banal an, aber dieses Thema braucht mehr Aufmerksamkeit: Staudämme sind illegal und stören massiv das Flussökosystem. Bitte helfen Sie mit und machen Bekannte darauf aufmerksam, damit die Starzel wieder ungestört fließen kann.

Alina Lipp, Hirrlingen

Abzocke bei Energiepreisen Dauerhafte Entlastung gefordert

Zu Recht kritisiert Philipp Koebnik in der Rottenburger Post die Gewinn gier einiger Energiekonzerne (19.08.2022). Mithilfe des Energiesteuergesetzes der Bundesregierung erhielten sie schon 2021 allein über 2,1 Milliarden Steuernachlässe für 447 Terawattstunden Gasverbrauch, davon 240 Terawattstunden nur für ihre Stromerzeugung, so kürzlich das Institut der Deutschen Wirtschaft.

Durch die Gasumlage sollen jetzt 12 Konzerne von 21 Mio. Kunden 34 Milliarden Euro erhalten nach dem Motto: Wenn es uns wegen Fehlkalkulationen schlecht geht, rufen wir nach dem Staat – wenn unsere Übergewinne besteuert werden sollen, ist dies ein Eingriff in die Marktwirtschaft.

Wegen seiner Riesengewinne verzichtet RWE bereits auf Zahlungen, die EnBW als drittgrößter Energieversorger mit einem operativen Ergebnis von

1,42 Mrd. (1. Halbjahr 2022) nicht. Neben der Gas-Umlage müssen Verbraucher ab 1. Oktober auch noch die „Regelenergie“ - bisher Null Cent! - zahlen: Wieder zahlen Privathaushalte 46 Prozent mehr (0,57 Cent/ kwh) als Firmen (0,39 Cent/ kwh).

Statt einer doppelten Subventionierung der Industrie (geringere Steuern und Umlagen) braucht jeder Haushalt ein festes Grundkontingent für Strom und Gas mit einem Preis nicht höher als der Industriepreis und 5 Prozent Mehrwertsteuer auf alle Energiearten statt der Gasumlage.

EU-Mindeststeuer auf Energie

Es ist ein Täuschungsmanöver von Finanzminister Christian Lindner (Schutzvereinigung der deutschen Milliardäre, auch FDP genannt), die Mehrwertsteuer für Gas durch die EU „prüfen“ zu lassen. Dies zeigt höchst-

tens seine Unkenntnis der Gesetzeslage. Denn die EU verbietet nur die völlige Abschaffung der Mehrwertsteuer, aber sie erlaubt die Senkung der Mehrwertsteuer auf den Mindeststeuersatz für alle Energiearten auf fünf Prozent.

Das könnte die Bundesregierung schon längst beschlossen haben und wäre eine echte Unterstützung für Menschen mit geringem Einkommen. Der erfolgreiche Protest für die Senkung der Mehrwertsteuer auf die Gasumlage von 19 auf 7 Prozent hat dies bewiesen. Sie bedeutet für einen Durchschnittshaushalt 400 Euro im Jahr weniger Belastung.

Millionen Menschen benötigen keine einmaligen Feigenblätter, sondern dauerhafte Schutzmauern gegen Verarmung für untere und mittlere Einkommen.

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

OB Neher und Ergenzingen

These: Der OB mag Ergenzingen nicht

Argumente:

Innerhalb weniger Monate hat OB Neher zwei einstimmig gefasste Beschlüsse des Ortschaftsrats kategorisch abgelehnt, ohne vorher ein Gespräch mit dem Ortschaftsrat zu suchen! Die Gäubahn nach Stuttgart in der Zukunft durch Ergenzingen unterstützt er nicht.

1. Bürgerbroschüre für Ergenzingen

Die Verwaltung in Ergenzingen gab bis 2002 in regelmäßigem Abstand die Broschüre „Kontakt in Ergenzingen“, mit Grußworten der damaligen OBs Löffler und Tappeser heraus, die wichtige Informationen über Vereine, Gewerbe, Bildung und vieles mehr enthielten.

Einstimmig beschloss der Ortschaftsrat 2021, mit dem erfahrenen Mediaprint-Verlag nun wieder eine Broschüre herauszugeben. Der Tipp kam von der Verwaltung in Bodelshausen, die seit Jahren die besten Erfahrungen mit dem Verlag macht.

Die Glanzbroschüre ist kostenlos und finanziert sich durch Anzeigen der Gewerbetreibenden. Die Ausgabe war für Sommer 2022 geplant, die Themen von der Arbeitsgruppe bereits fertiggestellt.

Dann kam das NEIN aus Rottenburg: „Das ist nicht im Sinne der Stadtverwaltung.“ Punkt. Rottenburg mache eine eigene Broschüre, die Stadtteile können Einleger dazu fertigen. Schön. Nur wann? Die Verantwortliche ist im Mutterschutz. Eine Nachfolgerin? Wir wurden bisher aus Rottenburg nicht informiert.

2. Änderung der Richtlinien bei der Vergabe der Bauplätze im Oechsner

Einstimmig beschloss der Ergenzinger Ortschaftsrat, die Richtlinien für die Bauplätze im Baugebiet Oechsner zu ändern. (Siehe dazu den Artikel von Marlene Fischer: „Bauplatzvergabe - Wozu Richtlinien, wenn sie nicht greifen?!“ In: „Neues aus dem Neckartal und aus der Region“, Juni/Juli 2022)

OB Neher sprach sich in der Gemeinderatssitzung im Mai 2022 vehement, verhöhrend und abfällig gegen den Ergenzinger Beschluss aus - und fast

alle Gemeinderäte folgten ihm brav und lehnten den Antrag der Ergenzinger Ratsmitglieder ab mit Ausnahme der beiden Räte Volkmar Raidt und Emanuel Peter!

Und der Gipfel war: Ein Ratsmitglied gab später im Gespräch zu, dass der Antrag aus Ergenzingen gut sei, aber „Öffentlich gegen den OB stimmen?“ – So geht Rottenburger Demokratie ...



3. Der OB in Ergenzingen

Der Bundespräsident verlegte vor kurzem seinen Amtssitz für einige Tage nach Rottweil. Sein Projektwunsch von „Ortszeit Deutschland“ war, mit den Menschen „draußen“ ins Gespräch kommen, ihnen ein offenes Ohr leihen und ihre Sorgen und Nöte anhören.

Wann ist der OB mal in Ergenzingen? Wenn es ums Geld geht! Vor kurzem bei der Freigabe des Ammerwegs im Oechsner (s.Foto) und beim Spatenstich fürs Pflegeheim – jetzt kann Rottenburg die Grundstücke verkaufen.

Wann war der OB einfach so einmal in Ergenzingen, um mit den Menschen „draußen“ ins Gespräch zu kommen, ihnen ein offenes Ohr zu leihen und ihre Sorgen und Nöte anzuhören? Die Bewohner im größten Stadtteil mit dem



größten Steuerbeitrag für Rottenburg hätten das verdient.

4. Die Zukunft der Gäubahn durch Ergenzingen

Der neue Stuttgarter Bahnhof soll 2025 in Betrieb gehen und nach jetziger Planung der Bahn ist damit das Ende der Gäubahn an den Stuttgarter Bahnhof besiegelt. Denn die Gäubahn soll über

einen Tunnel an den Flughafen nach Stuttgart fahren, aber der Tunnel ist noch nicht einmal geplant. Das kann noch 10 Jahre oder länger dauern!!

Da regt sich nun Widerstand sämtlicher Kommunen, die an der Gäubahn liegen: Die OBs von Singen, Rottweil, Tuttlingen und Villingen-Schwenningen, Horb am Neckar, Herrenberg und Böblingen haben sich zusammengeschlossen, um dagegen vorzugehen.

Und der OB von Rottenburg??? Immerhin ist Ergenzingen ja auch ein Teil

von Rottenburg. In der Gemeinderatssitzung vom 05.07.22 fragte der Ergenzinger GR Reinhold Baur nach und bekam von OB Neher eine ausweichende Antwort. Ein paar Tage später war in der Presse der wahre Grund zu lesen: der OB will mit anderen Unterzeichnern, dass die Gäubahn von Horb über Tübingen und Reutlingen nach Stuttgart geleitet wird!! Damit wäre

Ergenzingen und das ganze Gäu abgehängt!!!
Ein Bärenendienst des OB für die Zugfahrenden in Ergenzingen.

5. „Aber wir haben doch jetzt so schnell einen PUMPTRACK für die jungen Menschen bekommen“

Na und? Das ist eine kleine Investition in Anbetracht des geplanten Haushalts für die Kernstadt und wäre ohne das unermüdliche Engagement von Tobias Schäfer und seiner Projektgruppe *Pumptrack* sicher nicht so schnell umgesetzt worden.

Diese beispielhafte Initiative konnte der OB nicht ablehnen, zumal es sich um ein Projekt für junge Menschen handelt, die in den letzten Jahren besonders viel unter der Pandemie zu leiden hatten.

Während in naher Zukunft in der Kernstadt mehr als 50 Mio. € investiert werden (Musikschule, Vhs, Sporthalle, KiTa), werden viele nötige Investitionen in Ergenzingen, wie z.B. eine geschlossene Aussegnungshalle, wieder mal auf „spätere Jahre“ verschoben. Es fehle das Geld, so die Auskunft der Stadt.

Mehr Investition und Wertschätzung für Ergenzingen wäre angemessen. 2024 sind nicht nur die nächsten Kommunalwahlen, auch der Rottenburger OB wird in 2 Jahren wieder neu gewählt.

Renate Holzmann, Ortschaftsrätin,
Ergenzingen

Aus: „BfE“Blättle für Ergenzingen, 5. Ausgabe Sept.2022, mit freundlicher Genehmigung

Digitalpakt Schule am Ende

Bundesrechnungshof kritisiert Geldverschwendung und fehlende Kontrolle

In sehr scharfer Form hat der Bundesrechnungshof von der Bundesregierung ein sofortiges Ende des Digitalpakts Schule gefordert.

Erst durch eine Grundgesetzänderung konnten 2019 an die Bundesländer, die die alleinige Hoheit für Bildung und Kultur haben, 6,5 Milliarden Euro für die schulische IT-Ausstattung fließen. Wohin und wie sie verteilt wurden, ist völlig unklar, da diese Gelder nicht nach dem unterschiedlichen Bedarf, sondern nach einem abstrakt festgelegten Schlüssel verteilt wurden und der Bund auf die Mittelvergabe keinerlei Einflussmöglichkeiten hat.

Seit 2019 habe sich die Finanzsituation in Deutschland zudem drastisch verschlechtert, so der Bundesrechnungshof. Außerdem ist nicht feststellbar oder festgestellt worden, wie diese Milliardenausgabe das digitale Lernen überhaupt verbessert habe!

Prestigeprojekt digitale Bildung

Für Rottenburgs große Koalition aus CDU, SPD und Grünen ist die Digitalisierung ein Prestigeprojekt, das auf keinen Fall scheitern darf. Um Boris Palmer in Tübingen auszustechen, hat man den Unterricht mit digitalen Medien trotz aller Warnungen von Wissenschaftlern bereits in der Grundschule eingeführt und nicht erst ab den empfohlenen 13 oder 14 Jahren der Schüler.

Die Wurmlinger Grundschule wurde zur Referenzschule im Landkreis erhoben. Nach ihrem Modell sollten alle Grundschulen im Kreis schnell digitale Medien im Unterricht einsetzen, am

besten bevor die Kinder richtig lesen und schreiben können. Die Schulen mussten sich schnellstmöglich für Fördergelder bewerben. Es galt, Gelder „abzugreifen“, so Angelika Thomma (Amt für Bildung, Kultur und Sport) im Gemeinderat.

Pädagogische Zweifel

Auch pädagogisch steht die Digitalisierung des (Grundschul-) Unterrichts in der Kritik. Im Unterschied zu Deutschland hat das Institut für Bildungsevaluation in der Schweiz die Wirkung von Digitalunterricht bei 30.000 Lernenden systematisch in den Bereichen Deutsch und Mathematik untersucht.

Deutlich wird, dass der Lernfortschritt bei älteren Schülern, die unabhängig von Hilfestellungen ihrer Eltern sind, auch während Corona-Schulschließungen aufrechterhalten werden konnte. Ganz anders sieht das bei jüngeren Lernenden aus, die wesentlich mehr direkte Unterstützung und motivierende Aufmunterung ihrer Eltern brauchen. Auch in Rottenburg gibt es bis zum heutigen Tag keinerlei Überprüfung oder Aussage, welchen Lernerfolg der teure Einsatz von Internet-Technik im Unterricht hat.

Gefährliche Kostenlawine

Für Rottenburg hatte die Landesregierung 1,429 Mio. Euro genehmigt, von denen rund 220.000 Euro noch nicht verplant sind. Nicht vergessen darf man, dass Stuttgart den Schulen im Ländle nur eine „Anschubfinanzierung“ bei der Digitalausstattung gewährt. Danach werden auf jeden Fall alle fünf Jahre eine vollständige und gleichzeitige Erneuerung aller Geräte (geschätzte 760.000 Euro!) plus jährliche Kosten für Wartung und Support von gut 200.000 Euro fällig, d.h. das dicke finanzielle Ende für Rottenburgs Haushalt kommt erst noch.

Nach aktuellen Aussagen von

Kämmerer Meßmer im Gemeinderat erhält die Stadt jetzt über 1,5 Millionen Euro Bundesmittel für diesen Bereich weniger, die Mittel für 2021 werden erst 2023 ausgezahlt. Und das angesichts der notwendigen Investitionen in den Schulcampus Kreuzerfeld, in die VHS, in Sporthallen und in den EBG-Neubau und in unsere Kitas.

DIE LINKE wird deshalb hartnäckig Auskünfte über den Lernerfolg unserer Kinder verlangen und darüber, in welchem Verhältnis der zum finanziellen Einsatz steht!

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat



Gemeinderatssondersitzung: Energieeinsparung

Rettungsschirm für Stadtwerke gefordert

Ende August sollte der Gemeinderat zehn Maßnahmen beschließen, um in den nächsten sechs Monaten, d.h. über den Winter, 20 Prozent an Heizenergie und Strom einzusparen. Die eilig einberufene Sondersitzung war durch ein kleines Team nicht-öffentlich seit Juli vorbereitet worden.

Einleitend erklärte Bürgermeister Weigel, dass die Bundesregierung durch ihre verbindlichen Beschlüsse vom 24. August die städtische Liste überflüssig mache. Damit sollten eine Diskussion darüber und Änderungsvorschläge wohl verhindert werden – die Gemeinderäte setzten eine Beratung und Einzelabstimmung der Maßnahmen durch.

Volkmar Raidt (FaiR) stellte die Senkung des Stromverbrauchs grundsätzlich in Frage, solange Frankreich aus Deutschland große Mengen Stroms importiert, da viele der maroden AKWs keinen mehr liefern können.

Im Kern wurden mehrheitlich die Absenkung der Temperatur in städtischen Gebäuden, in Schwimmbädern, Sportstätten und ihren Duschen, die Öffnungszeiten der städtischen Verwaltung und der Straßenbeleuchtung beschlossen.

An ältere Menschen oder an die 100 Rottenburger Zeitungszusteller in der dunklen Jahreszeit (morgens ab vier Uhr) wurde nicht gedacht, die sollen doch Taschenlampen benutzen! Warme Duschen für Kinder und Jugendliche seien angeblich kein Thema, auch nicht die Legionellengefahr. Wenn hier Ausnahmen gemacht würden, wäre das große Ziel von 20 Prozent weniger in Gefahr, so Herr Gärtner (Hochbauamt). Forderungen nach einer Personalaufstockung, um den ohnehin stark belasteten Beschäftigten nicht noch mehr Aufgaben aufzubürden, wurden brüsk abgelehnt.

Fehlende Fakten

Marlene Fischer (**DIE LINKE**) kritisierte, dass die Wirkung der Einsparungen gar nicht bemessen werden kann,

wenn dem Gemeinderat der aktuelle Ist-Stand für die einzelnen Energiearten und die Gebäude nicht vorliegen, so wie es das Klimaschutzgesetz (§ 7b) vorschreibt. Die Maßnahmenliste der Landesenergie-Agentur (KEA-BW) fordert dies als Grundlage für alle Beschlüsse in den Kommunen, weil dies



die Voraussetzung der Koordination zwischen den Kommunen innerhalb eines Landkreises und die Bedingung für Beschlüsse über die drei Aktionsstufen der Bundesregierung ist. Nachdem die Stadträte erst mit angeblichen Durchschnittsmesswerten beruhigt werden sollten, gab die Verwaltung zu, dass sie diese Werte längst an die Landesregierung gemeldet hat und demnächst dem Gemeinderat zur Verfügung stellt.

Soziale Energiepreise und Schutz der Stadtwerke

DIE LINKE hat die Maßnahmen zu meist mitgetragen, aber weitere Maßnahmen der Stadt für eine Grundversorgung aller Haushalte mit Gas und Strom gefordert. **Das gehört zur Daseinsvorsorge in einer Kommune!**

Jeder Haushalt muss entsprechend der Zahl seiner Mitglieder ein Grundkontingent für Strom und Gas zu Preisen wie vor der Corona-Krise erhalten. Wer dann mehr Energie verbraucht, sollte auch deutlich mehr zahlen.

Ein solches Vorgehen hat drei Vorteile: Zum einen werden damit die Energiesicherheit dieser Haushalte hergestellt und Ängste vor Zahlungsunfähigkeit (und eventuell Wohnungskündigung) verhindert. Zudem werden gerade Geringverdiener durch das preiswertere Grundkontingent zum Energiesparen angeregt!

Zweitens werden damit Stadtwerke vor einer Insolvenz durch Kunden geschützt, die nicht mehr zahlen können und damit die Stadtwerke gefährden – dies ist aktuell schon in Nordrhein-Westfalen und Wien der Fall.

Drittens wird den Rechtsextremen der Wind aus den Segeln genommen: Sie missbrauchen die Energiekrise, indem sie behaupten, den Eingewanderten und Geflüchteten würde alles nachgeschmissen und die „Bio-Deutschen“ müssten ihretwegen hohe Preise zahlen und Energie sparen.

Sogleich griff Reinhold Baur (CDU-Ergenzzingen) diesen Vorschlag an. Das sei alles zu kompliziert und nicht zu berechnen, deshalb falsch. Dabei „vergaß“ er allerdings, dass schon heute für die drei Kundenarten (Haushalte, Stadt, Industrie und Gewerbe) völlig verschiedene Tarife berechnet werden. Der Irrsinn besteht darin, dass Industriekunden umso weniger pro Kilowattstunde zahlen, je höher ihr Verbrauch und ihre Co2-Verschmutzung ist. Jo Herbst (Grüne) scheint dagegen für soziale Energietarife (s. Rathausrunde) einzutreten.



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
„DIE LINKE“
Rottenburg

Je stärker DIE LINKE. desto sozialer die Stadt! Je stärker DIE LINKE. desto sozialer die Stadt! Je stärker DIE LINKE. desto sozialer die Stadt!

Schlachthof: Bürgerentscheid in Sicht

Rathausspitze zündet Nebelkerzen, um Bevölkerung zu verunsichern

Weit über 5.000 Unterschriften, mehr als doppelt so viele wie nötig, sammelte die Initiative zum Erhalt des Rottenburger Schlachthofs in den vergangenen Wochen. Als sich dieser Erfolg abzeichnete, hatten CDU, SPD, Grüne, JA und FB/FW nichts Besseres zu tun, als einen Fragenkatalog an die Verwaltung zu stellen. Angeblich sollten die Antworten dazu dienen, der Bürgerschaft einen besseren Überblick zu geben. Tatsächlich setzen sie die Politik der Schließung des Schlachthofs fort! Das lässt sich sehr gut an den „Fakten“ zu diesem Thema in den Rottenburger Mitteilungen (Nr. 30/2022, Seite 5.) erkennen.

So verschweigt die Verwaltung einleitend die hohe Zahl der Unterschriften und schreibt: „Das Gebäude müsste umfassend saniert und modernisiert werden. Hierzu gibt es durch das Architektenbüro Falkenstein eine grobe Kostenschätzung aus dem Jahr 20220 über 5.682.400 Euro zur Sanierung des Gebäudes und Modernisierung der Schlachteinrichtungen.“ Die bewusste Fehlinformation liegt im Wörtchen „und“. Denn die Stadt ist für die Sanierung des denkmalgeschützten Gebäudes zuständig, dieser Pflicht kommt sie seit Jahren nicht nach. Dagegen ist der Pächter des Schlachthofes Marco Helle bestenfalls für die „Modernisierung“ der Schlachträume verantwortlich. Er hat eine voll umfängliche Betriebsgenehmigung, seit sein Betrieb 2015 nach den modernsten Richtlinien geprüft wurde und eine zeitlich unbefristete Genehmigung erhielt, wie das Landratsamt bestätigte! Deshalb ist es eine falsche Behauptung von BM Weigel in Dettingen, dass der aktuelle Betrieb gesetzlich (!) nicht zulässig sei.

Büro Falkenstein

Jetzt prüft das Büro Falkenstein im Auftrag der Stadt zum dritten Mal, welche Maßnahmen für eine umfassende Sanierung und Modernisierung notwendig wären. „Um die Standards (Tierwohl) zu erreichen, wären umfassende bauliche Investitionen notwendig“, behauptet die Stadt. Falsch: Mit dem Wort „umfassend“ will die Stadt eine „Änderungsgenehmigung“ durchsetzen, die aber laut Bundesimmunitätsgesetz nur bei einer wesentlichen Vergrößerung des Betriebs oder bei einer Steigerung von Umweltbelastun-

gen notwendig wäre. Beides ist in Rottenburg nicht der Fall.

Man wird also beim neuen Gutachten von Falkenstein sehr genau darauf achten, wie dort argumentiert wird. Denn das Büro steht in einem Interessenskonflikt, weil es mit einem gut dotierten Vertrag mit der erfolgreichen Planung des immer noch geschlossenen Schlachthofs Gärtringen beauftragt ist. Laut Beschluss des Rottenburgs Gemeinderats darf unser Schlachthof erst geschlossen werden, wenn Gärtringen (Kosten von über 10 Mio. Euro!) geöffnet wird.

Mobbing gegen Pächter Helle

Da sich die Bürgermeister und die sie unterstützenden Gemeinderäte immer weiter in eine Sackgasse manövrieren, wird ein anderer Weg versucht: Der Pächter soll so unter Druck gesetzt werden, dass er freiwillig aufgibt und damit der Bürgerentscheid hinfällig wird. Dazu wird laut Presseberichten die Pacht verdreifacht. Gerüchten zufolge soll dem Pächter bei Vertragsverletzungen sofortig gekündigt werden obwohl der Vertrag bis Juli 2023 läuft.

Die Stadt behauptet, der Schlachthof entspreche nicht den „neuesten Ansprüchen an Tierwohlkriterien“, der Gemeinderat hätte diese am 3. Mai 2022 beschlossen. Doch einen Beweis für die Nicht-Einhaltung der Tierwohlkriterien bleibt die Stadt schuldig und bis heute gibt es weder einen schriftlichen Beschluss zum genauen Inhalt der Tierwohlkriterien noch eine schriftliche Begründung für die 300.000 Euro (mit dem Anteil an der Kreisumlage mehr als 400.000 Euro), die Rottenburg für die Sanierung in Gärtringen ausgeben soll. Dieser Schlachthof wurde tatsächlich wegen schwerer Tierwohlmängel geschlossen!

Lösungsvorschläge erforderlich

Die ungeheuerliche Vorgehensweise der drei Bürgermeister und einiger Gemeinderäte veranlasste Dr. Peter (Die Linke) in der GR-Sitzung Ende Juli zu einer Stellungnahme: „Angesichts der Gefährdung von Lieferketten und der Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln benötigen wir konkrete Ideen und Lösungen für eine regionale Versorgung unserer Stadt mit Fleisch, mit Getreide

und frischem Obst und Gemüse. Dafür brauchen wir ein Konzept und Überlegungen der Stadtverwaltung statt den letzten Schlachthofbetreiber im Landkreis mit konstruierten und nicht belegbaren Vorwürfen zu diffamieren, er würde „wie bisher keine Rücksicht auf aktuelle Tierwohlanforderungen und Hygieneanforderungen nehmen“ und ihn damit zur Aufgabe seines Betriebes zu bringen.“

- Für **DIE LINKE** ergeben sich daraus notwendige Klärungen: Was passiert mit dem denkmalgeschützten Gebäude, für dessen Erhalt einzig die Stadt zuständig ist, wenn dort der Schlachthof ausziehen sollte?
- Welche Auswirkungen hätte eine Schließung des örtlichen Schlachthofs für die Viehhalter von Schafen und Ziegen, die die erhöhten Transportkosten nach Gärtringen nicht mehr tragen können?
- Wie wird dann die Pflege der Streuobstwiesen und unserer Kulturlandwirtschaft aufrechterhalten, die ja noch in der Bewerbung für die Landesgartenschau eine so große Rolle spielte?
- Wie verhält sich die Nichtbeachtung der Schaf- und Ziegenhaltung auf den Streuobstwiesen zu den Beschlüssen zur Stadtkonzeption 2030, in der als Ziel die "Regionale Lebensmittelproduktion durch zukunftsfähige Landwirtschaft sichern" ausdrücklich festgeschrieben ist?
- Hat der Schlachthof Gärtringen jetzt einen Förderantrag beim Landkreis Böblingen gestellt und wie sieht es mit der Entscheidung der Landesregierung über die Förderung aus?
- Erhält Rottenburg seine 300.000 Euro zurück, wenn der Schlachthof in Gärtringen scheidet?
- Wann bekommt der Gemeinderat die schriftlichen Vertragsgrundlagen für die 300.000 Euro und nicht nur vage mündliche Auskünfte? "

Zuerst versuchte OB Neher, diese Stellungnahme zu unterdrücken, musste allerdings am Ende der Sitzung eine Klärung der aufgeworfenen Themen zusagen. Wir sind gespannt!

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

Die Fahrpreise senken

Die Fahrpreise im regionalen Verkehrsverbund Naldo werden bereits im Herbst durchschnittlich um 6,3 Prozent in die Höhe schießen. Würden die Kommunen und der Landkreis nicht zusätzlich kräftig subventionieren, müssten die Erhöhungen doppelt so hoch ausfallen.

Die Lufthansa und der Gaskonzern Uniper werden aus dem grünen Wirtschaftsministerium mit Milliarden ausgestattet, „systemgerecht“, wie es heißt, damit die Börsengewinne weiter sprudeln. Dagegen lassen Land und Bund die Unternehmen und Fahrgäste des öffentlichen Nahverkehrs in der Energiekrise im Stich. Das nennt sich dann Verkehrswende. Wer wirklich will, dass die Leute vom Auto auf Bus und Bahn umsteigen, muss in der jetzigen Krise ganz anders handeln: das Neun-Euro Ticket fortsetzen, die Fahrpreise senken und zumindest die Schülerfahrten endlich freistellen. Erfolgreiches Vorbild ist Luxemburg, dort ist der Öffentliche Nahverkehr ganz frei. Bei uns soll der nächste Kreishaushalt ein Sparhaushalt werden. Darauf wurden wir in der letzten Kreistagssitzung vor der Sommerpause schon mal eingestimmt.

Wir Linken werden eine Abkehr von sozialen Standards nicht mittragen. Solange Rheinmetall mit Rüstungsgütern vier Milliarden Euro Extraprofit macht und die Mehrgewinne der Stromkonzerne RWE und Eon rund fünf Milliarden betragen, klingt jeder Frier- und Spar-Appell von MP Kret-

schmann an Schulen, Kitas und Familien mit Kindern wie blanker Zynismus.

Warum werden diese kriegs- und krisenbedingten Übergewinne nicht abgeschöpft wie in anderen EU-Ländern? Der scheidende italienische Ministerpräsident schlägt genau das vor. Echte staatspolitische Verantwortung wäre es, die sozialen Folgen der Energiekrise und der Inflation für die Ärmsten und für die Mitte der Gesellschaft abzufedern.

Statt mit einem Entlastungspaket bis 2023 zu warten, fordern wir sofort einen wirksamen Schutz für kommunale Versorgungsbetriebe und einen staatlichen Gaspreisdeckel. Statt Habecks „Gasumlage“ braucht es für jeden Haushalt ein bezahlbares Grundkontingent für Strom und Gas. Erst über dem Basisverbrauch hinaus sollte der Energiepreis teurer werden dürfen. Strom- und Gassperren sind gesetzlich zu verbieten. Die gesamten Sozialleistungen und das Wohngeld müssen der aktuellen Situation angepasst werden, damit eine weitere Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich vermieden wird.



Isabelle Groschke

LINKE-Fraktion

im Kreistag

Kreisecke im Schwäbischen
Tagblatt, 9. August 2022

„Bestandsgefährdende Tatsachen“ der Hospitalstiftung Große Aufgaben für Stuhlmüller-Nachfolge

Seit zwei Jahren wird die Hospitalstiftung Rottenburg übergangsweise von Klaus Stuhlmüller geführt, der jetzt seinen ersten Jahresbericht für 2021 vorlegte.

Verglichen mit dem Jahr 2020 hat sich das Jahresergebnis um knapp 500.000 Euro verbessert. Es wurde ein Überschuss von gut 300.000 Euro erwirtschaftet. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft MTG Treuhand hält allerdings fest, das dieses erfreulich positive Ergebnis zum großen Teil den Unterstützungszahlungen von 1,8 Mio. Euro (Corona) geschuldet ist.

Trotz der Neuerungen durch eine Umstrukturierung in den letzten zwei Jahren befindet sich die Stiftung weiterhin in schwerem Wasser. So hält der Prüfbericht fest, „dass der hohe Fachkräftemangel ein erhebliches Risiko für die

Stiftung darstellt“ und dass eine „wesentliche Unsicherheit“ für die Zukunft besteht, „die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Stiftung zur Fortführung der Unternehmensfähigkeit aufwerfen kann“.

Seit Jahren musste die Stiftung Leiharbeitskräfte von privaten Arbeitsvermittlungen anfordern, weil die Politik die Pflege und vor allem die Ausbildung neuer Fachkräfte vernachlässigt. **So konnten die Privatvermittler extrem hohe Lohnkosten verlangen, von denen die Beschäftigten nur einen geringen Teil bekamen. Die Stiftung musste aber die Fachkraft-Quote erfüllen, ansonsten hätte sie ganze Abteilungen schließen müssen.**

Außerdem fehlen seit Langem hohe Summen für Sanierungen und Investitionen in neue Einrichtungen, bei denen

sich Landessozialminister Lucha (Grüne) aus seiner Verantwortung stiehlt und der Forderung der Sozialverbände, wenigstens die Investitionskostenpauschale (IVK) zu übernehmen, nicht nachkommt. So müssen die Heimbewohner im neuen Pflegeheim Ergänzungen mit einer Verdreifachung ihres Anteils an den Investitionskosten rechnen. In den nächsten Jahren werden auch Heimbewohner in den anderen Heimen durch die nachzuholenden Sanierungen einen höheren IVK-Anteil zahlen müssen.

Hohe Fluktuation unter Beschäftigten

Die schwierigen Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten in den Heimen führen zu einer hohen Fluktuation unter den Beschäftigten. Dem will die Stiftung durch eine große Ausbildungsinitiative und deren Neuorganisation unter Obhut

von zwei Fachkräften entgegenwirken.

Allerdings verschlechtert die Landesregierung die Betreuungsqualität in den Heimen, indem die Fachkraftquote von 50% auf 40% bei den Beschäftigten gesenkt werden darf und zugleich die Zahl der schlechter bezahlten Alltagsbegleiter erhöht wird.

Die Anwerbung ausländischer Fachkräfte kann nicht die alleinige Lösung

des eklatanten Fachkräftemangels sein. Denn ein Hauptproblem ist trotz der Anstrengungen beim Erwerb der deutschen Sprache, dass viele ältere Heimbewohner schwerhörig sind oder nur Schwäbisch verstehen. Insgesamt müssen die Fachkräfte besser bezahlt werden und ihre Dienstpläne verbindlich eingehalten werden (Vereinbarkeit von Beruf und Familie!). So kann gesichert werden, dass sie nicht als Vertretung

am Wochenende oder in der Nacht gerufen werden. Erst dann wird die Attraktivität des Pflegeberufs wieder steigen.

Auf den neuen Hospitalverwalter, der der Öffentlichkeit immer noch nicht vorgestellt wurde, warten viele Aufgaben!

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

Löst Atomstrom die Energiekrise? Ungelöstes Endlager-Problem

Gegenwärtig missbrauchen FDP, CDU und AfD gemeinsam die Energiekrise, um mit aller Macht die Erfolge der letzten Jahrzehnte beim Verbot von AKWs und bei Fracking rückgängig zu machen.

Im Interesse der Atomlobby haben sie auf EU-Ebene mit ihrer konservativen Mehrheit ein „Ökolabel“ für Atomkraft und Gas durchgesetzt, will heißen: Diese beiden Energiearten können mit Milliarden-Subventionen rechnen. Minister Strobl (CDU) verlangt schnelle Entscheidungen und FDP-Scharfmacher Rülke fordert einen Weiterbetrieb der drei restlichen AKWs bis 2024, weil der übernächste Winter noch problematischer als der kommende werde.

Nachdem die Parteiführung der Grünen bei der „Verlängerung“ weichgeklopft wurde, fordert Andreas Scheuer (CSU) – bekannt als Versager als Verkehrsminister – jetzt „drei plus drei plus drei“, will heißen: dreimal Verlängerung, dreimal Reaktivierung, dreimal Neubau! Munition erhalten sie vom Atomlobby-Verband Kerntechnik Deutschland (KernD), dem die Konzerne Vattenfall und PreußenElektra (bayrisches Isar 2) angehören.

Panik und alte Lügen

Dabei wird mit alten Lügen und viel Panik gearbeitet. Schon vor Jahren hat Greenpeace widerlegt, dass Atomstrom billiger als erneuerbare Energien sei. Die Studie von 2015 weist nach, dass im Zeitraum von 1970 bis 2014 Strom aus fossilen Energien aus Steuermitteln mit dem Sechsfachen gegenüber erneuerbaren Energien gefördert wurden und die Kilowattstunde trotzdem teurer war.

Dies bestätigt aktuell der Ex-Präsident des Karlsruher Instituts für Technologie Eberhard Umbach: Durch die notwendigen Sicherheitsauflagen für

AKWs ist Kernkraft schlicht nicht wettbewerbsfähig.

Die Sicherheit alter AKWs ist nicht nur beim AKW Neckarwestheim durch gefährliche Risse und Rost an wichtigen Rohren gefährdet. In Frankreich läuft die Hälfte der 56 AKWs nicht mit voller Leistung, fünf sind aktuell ganz abgeschaltet, weil sie wegen des geringen Wasserstands in den Flüssen nicht ausreichend gekühlt werden können. Der marode Zustand der AKWs in Frankreich zwingt das Land momentan dazu, 20 Prozent des Strombedarfs zu importieren, besonders aus Deutschland.

In Bayern hat einer umfassende Sicherheitsprüfung der AKWs seit 13 Jahren nicht mehr stattgefunden, Herr Söder! Ein Weiterbetrieb deutscher AKWs ohne gründliche Überprüfung wäre illegal und Nachrüstungen sind sehr teuer.

Gefährlicher Atommüll in Karlsruhe

Der Strom aus AKWs verhindert die Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energiequellen wie der Windkraft. Da AKWs der permanenten Grundlast dienen, können sie nicht beliebig und kurzfristig hoch- und runtergefahren werden. Sie sind auch keine Lösung für den aktuellen Energiebedarf: Selbst wenn die drei restlichen AKWs für den Strombedarf weiterlaufen würden, würde der Gasverbrauch nur um 0,7 bis 1,0 Prozent sinken. Dabei kostet Strom aus Atomkraft 34 Cent pro Kilowattstunde, Ökostrom aus Windenergie 6-11 Cent und aus Solarenergie 9 Cent, hat Campact berechnet.

Wohin damit?

Vor allem ist bei den AKWs die Frage des Endlagers völlig ungeklärt, von wegen „sauberer“ Atomstrom. In Gorbleben lagern 113 Behälter mit hochradioaktivem Inhalt, die langsam vor sich hinrosten. Nur wenige wissen, dass im Hardtwald, im Norden von Karlsruhe die bundesweit größte Menge strahlenden Atom- mülls lagert - 80.000 Fässer.

All diese Tatsachen werden von den Befürwortern längerer AKW-Laufzeiten schlicht verschwiegen, dazu gehören auch einige Gegner von Windrädern. Die rückwärtsgewandten Parteien wollen vor allem ihre vergangenen Fehler vergessen machen, ihre Blockade beim Ausbau der Windenergie, die Blockade beim Tempolimit auf Autobahnen, die Verhinderung von stromintensiven Schneekanonen in bayrischen Alpen, die schmutzigen Co2-Produzenten Holcim und Heidelberg-Cement, den Düngemittelhersteller Jara/ Hamburg. Da kann man Christian Lindners Krokodilstränen vergessen, dass eine komplette Abschaffung der Mehrwertsteuer auf die Gasumlage von der EU nicht erlaubt wird.

Längst hätte die Bundesregierung die Möglichkeit, die Mehrwertsteuer einheitlich für alle Energie-Arten auf fünf Prozent (EU-Mindeststeuersatz für Energie) zu senken. Aber sie betreibt ihre Politik der Verarmung breiter Bevölkerungsschichten zugunsten der Konzerngewinne weiter voran.



Dr. Emanuel Peter
Gemeinderat
„DIE LINKE“
Rottenburg

Rottenburgs Kinderbetreuung mit großen Lücken

Wo bleiben Sprachförderung und Bildungsangebote?

Erstmals erhielten Rottenburgs Stadträtinnen und Stadträte einen „mehrperspektivischen Bedarfsplan“ für die Kinderbetreuung in Krippen und Kitas. Mehrperspektivisch heißt: Er umfasst die Vorschau für die Betreuungsplätze der nächsten drei Jahre, die Entwicklung von Neubaugebieten, den Zustand der Gebäude und den Bedarf an pädagogischem Fachpersonal.

All das musste sich der Elternbeirat des Eugen-Bolz-Gymnasiums in den 90er Jahren noch mühsam zusammensuchen, um den Neubau eines städtischen Gymnasiums zu begründen. – Die Stadtverwaltung hatte keinerlei Ahnung über die Entwicklung ihrer Stadt!

Jetzt berichtete Kulturamtsleiterin Beck in Abwesenheit von Herrn Müller-Sinn detailliert über die Situation in jedem Kindergartenbezirk und erhielt für die mühevollen Vorbereitungen viel Lob, aber auch viele Nachfragen und Anregungen. Ab Herbst 2022 sollen 1.670 Plätze für Über-Dreijährige und 345 Plätze für Unter-Dreijährige vorhanden sein.

Lücken in den Kita-Bezirken

In *Dettingen* sollen keine altersgemischte Gruppen (AM-Plätze) gebildet werden, 12 Kinder unter drei Jahren benötigen einen Platz, außerdem neun Tageskinder. Eltern fordern aufgrund des großen Bedarfs einen Waldkindergarten. In *Ergenzingen* wird auf der Liebfrauenhöhe eine Gruppe für 25 Kinder ab September 2022 eröffnet, außerdem eine Waldkindergartengruppe mit 20 Plätzen ab Februar 2023 – mit einer ungeklärten Platzfrage. Wegen des Neubaugebiets Öchsner II besteht in Rottenburgs größtem Teilort weiterer Platzbedarf! In *Hemmendorf* besteht eine große Nachfrage nach Tageseltern, zudem gibt es ab 2023 für 57 Kinder nur 40 Plätze! Nicht viel anders in *Kiebingen*, ab 2023 sind nur 75 Plätze für 91 Kinder vorhanden. Auch in *Oberndorf* stehen nur 37 Plätze für 58 Kinder zur Verfügung. Katrin Klotz (Gesamtelternbeirat der Rottenburger Kitas) kritisierte, dass kaum Rücksicht darauf genommen wird, Geschwisterkinder in derselben Kita aufzunehmen. Stadtrat Dr. Peter (**DIE LINKE**) rechnete vor, dass 70 Plätze für Tageskinder fehlen. Bezogen auf die Einwohnerzahl hat Rottenburg schon jetzt die höchste Zahl an Tageskindern im ge-

samten Landkreis, 2021 wurden Plätze für 224 Kinder gesucht. Auf Anregung von Dr. Peter sprach der Sozialausschuss in seiner nächsten Sitzung ausführlich über die Situation in der Tagespflege.

Bloße Betreuung statt Bildung

Doch nicht nur hier ist die Personalsituation extrem auf Kante genäht, überall fehlt es an qualifizierten Fachkräften, besonders wenn die Ganztagsbetreuung zur Regel wird! Viele Eltern beklagen sich, dass von Bildung gemäß Orientierungsplan für die Kitas kaum noch die Rede sein kann und mancherorts sogar die Öffnungszeiten eingeschränkt werden müssen. Darunter leidet vor allem die Sprachförderung für den U3-Bereich. Gerade in jungen Jahren ist Spracherwerb das A und O für die geistige Entwicklung von Kindern, die Lücken können in späteren Jahren nicht mehr aufgeholt werden, wie Sprachforscher herausfanden. Die fehlende Förderung spitzt sich gegenwärtig durch die Flüchtlingskinder aus der Ukraine noch einmal zu.

Aber im Grunde ist es ein Irrtum zu glauben, dass nur Kinder aus anderen Ländern Sprachförderung benötigen. Was in diesem Lebensalter versäumt wird – so der aktuelle Sozialbericht des Landkreises – setzt sich im gesamten Bildungsgang eines Menschen fort. Deshalb, so Dr. Peter im Gemeinderat, benötigen wir in allen Kitas Sprachförderung und nicht nur in Gut-Betha und in der Klause. Die 134 zusätzlichen Fachkraftstellen in 2022 für ganz Baden-Württemberg sind ein Tropfen auf den heißen Stein. Elternvertreter im Ländle spotten angesichts der „Projektitis“ der grün-schwarzen Landesregierung, dass es nach den Sprachförderprogrammen Spatz und Kolibri wohl bald ein Förderprogramm namens „Kuckuck“ geben werde! Für die Sprachförderung ist eine Fachkraft nötig, die Fortbildung für die Erzieherinnen anbietet und sie zusätzlich qualifiziert, indem sie neue Erkenntnisse vermittelt.

Massiver Kita-Ausbau nötig

Der aktuelle Fachkräftemangel hat lokale und landesweite Ursachen. Landesweite Ursachen, weil die Landesregierung – erst schwarz-rot, dann grün-schwarz – mit geschönten Bevölkerung- und Kinderzahlen gearbeitet hat.

Das lässt sich in der Kinderbetreuung wie im Schulwesen ablesen und zeigt sich besonders an fehlenden Ausbildungsplätzen.

Jetzt will die Grünen-Chefin Lena Schwelling die Zahl der Kinder in den Gruppen erhöhen und erhält zu Recht den starken Protest der Erzieherinnen aus Wurmlingen für ihre weltfremden Ansichten. Sie schadet nicht nur den Kindern, sondern überlastet die Erzieherinnen und schreckt junge Nachwuchskräfte ab. Rottenburg zeigt sich überrascht, weil es jahrelang die Personalsituation auf Kante berechnet hat. Wenn dann eine Corona-Krise mit erhöhten Krankenzahlen beim Personal, in manchen Teilorten überraschend hohe Geburtenzahlen und dann noch Flüchtlingskinder hinzukommen, herrscht nur noch Notsituation.

Grundlegende Verbesserungen

Deshalb fordert **DIE LINKE** eine städtische Fachkraftoffensive durch mehr PIA-Stellen über den aktuellen, kommunalen Bedarf hinaus, eine Werbekampagne für Quereinsteiger (nicht nur unter ukrainischen Frauen!), und „Lockangebote“ (Wohnungen, kostenloser ÖPNV), um neue Kräfte zu gewinnen und bestehendes Personal langfristig zu binden. Die Personalquote muss deutlich über 100 Prozent berechnet werden, weil immer eine Fachkraft ausfällt. Die Tageseltern müssen in die Gesamtplanung einbezogen werden und die Forderungen nach einer besseren Bezahlung (inklusive Sozialversicherung) durch Landesregierung und Landkreise endlich akzeptiert werden: **Tageseltern dürfen nicht länger ein billiger Freikauf der Kommunen für ihren Gesetzesauftrag (Rechtsanspruch für Kinderbetreuung) sein.**

Für die PIA-Stellen müssen die Leitungskräfte Zeit und mehr Anerkennung bekommen, nachdem sie in den letzten beiden Tarifrunden „übersehen“ wurden: „Beifallklatschen und Schulterklopfen reicht nicht aus,“ so Kita-Leiterin Renkl-Evers, Initiatorin eines Offenen Briefs an Stuttgarts OB Frank Nopper (CDU). Man darf gespannt sein, ob das Schönreden über die Kita-Situation in Rottenburg durch OB Neher (CDU) der Wirklichkeit standhält!

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

Windkraft: Volle Fahrt voraus!

Warum denn noch zweifeln?

Ich erlaube mir einfach eine glossenhafte Betrachtung. Bisher wurde in Leserbriefen des Tagblatts und in Vorträgen im „Energiedialog Rottenburg“ (besser Energie-Monolog) am 23.6.22 u.a. geäußert: Windkraft und Solarenergie sind preiswert und absolut sauber. Die derzeitige Energiekrise befeuert das. Acht Windkrafttrader ersetzen alles bisher Erdenkliche! Windstrom ist und bleibt der günstigste Strom in der Herstellung. Gigantisch steigende Energiepreise sorgen für Rentabilität und Wirtschaftlichkeit von Windkraftanlagen – auch in windschwachen Regionen! Wirtschaftlichkeit ist einfach Fakt. Wertschöpfung macht ungeheuer Eindruck. Nahezu 100% regionaler Ökostrom macht uns unabhängig von (dreckigen) Energie-Importen vom Ausland! Der Strom der Zukunft ist wertvoll. Klingt doch gut – oder nicht?

Mensch und Gesundheit genießen natürlich oberste Priorität. Gesundheitliche Beeinträchtigungen oder gar Gefahren existieren keine. Künftige Gutachten und Messdaten werden das Gegenteil nicht beweisen können. Damit sind Mythen also widerlegt. Erst verpacken, dann prüfen – logisch?

Wald, Natur und Tierwelt, Fauna und Flora verkraften solche Einschnitte. Havarien sind absolut ausgeschlossen. Minimale Natur Eingriffe kompensiert man nachhaltig andernorts. Der Wald verkraftet das nahezu lässig. Naturgeschützte Flächen gibt es genug im Umfeld, z.B. im Rammert und im Schönbuch. Wasserschutz ist kein Ausschlusskriterium. Windkraft beansprucht den kleinsten Flächenverbrauch verglichen mit Flächen für Photovoltaik oder Biogas. Windenergie hilft quasi Wald- und Artenschutz! Alles im grünen Bereich. Ich könnte begeistert sein.

Lebensqualität erfährt keinerlei Einbußen. Lebensstandard ebenso wenig, besonders im Winter bei 11% mehr Energieverbrauch. Belastbarkeit ist zumutbar für die Insel der Glückseligen, meint OB Neher. Für die Stadt und ihre Dörfer: die Chance schlechthin in die bessere Zukunft, äußert die BI Rückenwind. Das Wetter kann bestimmt nicht trockener werden durch Windkraftanlagen in der Zukunft, wird uns fast versichert. In den USA soll es vorgekommen sein, natürlich mit anderen Windrad-Industrieanlagen, nicht vergleichbar mit unserem Projekt.

Ländliche Schönheit bei uns um Rottenburg bleibe weiterhin existent und wahrnehmbar. Wenn nicht: Einfach den Kopf in die andere Richtung drehen. Was nicht wahrnehmbar ist, existiert nicht. Infraschall? Humbug und subjektive Einbildung.

Spannend gestalten sich auch die Verfahrenswege und -zeiten der oberen Prüfungsorgane, Behörden und Ämter, insbesondere die sog. Umweltverträglichkeitsprüfungen. Gründlichkeit dauert eben. Vielleicht sogar solange bis die große Politik bestehende und aktuell gültige Gesetze samt den Rechtsnormen aufgeweicht und den neuen Gegebenheiten angepasst hat, um das Ziel bis 2030 realistisch erreichen zu können: Bis 2030 soll der Anteil erneuerbaren Energien am Stromverbrauch auf mind. 80% steigen; derzeit sind es noch 40%. 2035 soll der Strom nahezu CO²-neutral produziert werden können! Planziele wohl gemerkt. Artenschutz soll gelockert werden, liest man in der Presse. Man strebe womöglich bundeseinheitliche Standards für artenschutzrechtliche Prüfungen an, wenn auch nicht vereinbar mit EU-Recht. Gesetze müssen den Menschen dienen – nicht umgekehrt.

Bürgerbeteiligung könnte finanziell reizen (Wind-Ökostrom-Tarif, Bürgergenossenschaft, Sparbriefe, Nachrangdarlehen der Banken), aber auch sozial, kulturell, sportlich (was immer das bedeuten mag). Realisieren bevor womöglich Privatwaldbesitzer private Windparks initiieren und Pachterträge in die eigene Tasche stecken, lese ich.

Sorge, Skepsis, Unmut? Zweifel bleiben mir schon etliche. Allein mir fehlt der Glaube und das Vertrauen. Mit Humor fällt's aber wesentlich leichter. Auch wenn der Verstand leise anderes denkt und vermutet. Irrren ist menschlich, wie man weiß. Irrtum endet auch nicht selten in totaler Pleite: wirtschaftlich, finanziell, ökologisch, ökonomisch, menschlich und gesellschaftlich. Kritik, kritische Fragen und kritisches Denken sollten möglich bleiben in einer Demokratie - heute mehr denn je zuvor, auch wenn die regionale CDU zu viele Spielräume für die Andersdenkende und Gegner sieht (Tagblatt 3.6.2022). Man hat eben nur eine Zukunft. Oder?

Gastbeitrag: **Josef Reitze**, Wendelsheim

DIE LINKE.

Neues aus dem Neckartal

Termine:

- **Infostand von DIE LINKE auf dem Metzelpfad:**
Samstag, 24. September 2022, 10 - 12 Uhr

- **Kommunalpolitischer Arbeitskreis DIE LINKE Rottenburg**
Mittwoch, 5. Oktober 2022
19.00 Uhr, Gaststätte Engel,
Königsstraße 7, 1. Stock (gegenüber der Stadtbibliothek)

- **Hocketse beim Steinbruch Frommenhausen**
Samstag, 8. Oktober 2020

Geänderter Termin!!!

Kontakt zu **linksjugend rottenburg:**
facebook.com/solid-rottenburg-a.N.
E-Mail: rottenburg@linksjugend-solid-bw.de



Anregungen und Beiträge richten Sie bitte an
Gemeinderat Dr. Emanuel Peter (EP)
Zieglerweg 3, 72108 Rottenburg
Tel.: 07472 42096, e-mail: emanuelpeter@gmx.de



Redaktion und Gestaltung
Simon Binder (Bi), Teichlenstraße 11,
72108 Rottenburg



Norbert Kern (Ke), Kornbühlstraße 75
72108 Rottenburg - Wendelsheim



V.i.S.d.P.
Hans Jürgen Petersen (Pe), 72108 Rottenburg